

There are no translations available.

Gaddafi verschanzt sich - Druck auf Regime wächst



Im [blutigen Machtkampf in Libyen](#) wird es immer enger für Staatschef Muammar al-Gaddafi: Nach Diplomaten, Regierungsmitgliedern und Soldaten wenden sich auch immer mehr Stämme von dem seit über 40 Jahren regierenden Herrscher ab. Gaddafi, der nicht kampflos aufgeben will, soll sich am Mittwoch mit vier Brigaden in einem Stützpunkt in Tripolis verschanzt haben. Die wüsten Drohungen Gaddafis gegen das eigene Volk alarmieren die Staatengemeinschaft. Ausländer flüchten in Scharen aus dem Wüstenstaat. Wegen der unübersichtlichen Lage in dem Ölförderland steigen die

Im [blutigen Machtkampf in](#)

[Libyen](#) wird es immer enger für Staatschef Muammar al-Gaddafi: Nach Diplomaten, Regierungsmitgliedern und Soldaten wenden sich auch immer mehr Stämme von dem seit über 40 Jahren regierenden Herrscher ab. Gaddafi, der nicht kampflos aufgeben will, soll sich am Mittwoch mit vier Brigaden in einem Stützpunkt in Tripolis verschanzt haben. Die wüsten Drohungen Gaddafis gegen das eigene Volk alarmieren die Staatengemeinschaft. Ausländer flüchten in Scharen aus dem Wüstenstaat. Wegen der unübersichtlichen Lage in dem Ölförderland steigen die Benzinpreise - auch in Deutschland.

Nach blutigen Kämpfen mit bis zu 1000 Toten, wie es in Berichten am Mittwoch hieß, rechnet Italien mit einem Exodus zehntausender Migranten aus Libyen und anderen afrikanischen Staaten. Während sich Gaddafi an der Macht festkrallt, wird in Teilen des Landes schon gejubelt. Die Bewohner mehrerer Städte im Osten Libyens feierten am Mittwoch die "Befreiung" ihrer Region. Augenzeugen berichteten, in den östlichen Städten Bengasi und Tobruk seien die Vertreter der Staatsmacht entweder verschwunden oder hätten sich den Aufständischen angeschlossen. Die Straßen der Hauptstadt Tripolis waren nach Augenzeugenberichten am Mittwoch weitgehend menschenleer.

Der ehemalige Botschafter Libyens bei der Arabischen Liga in Kairo, Abdulmoneim al-Honi sagte in einem Interview der Zeitung "Al-Hayat" (Mittwochsausgabe), der Sturz des Regimes von Gaddafi sei nur noch eine Frage von Tagen. Er rechne dennoch mit weiterem Blutvergießen, "denn dieser Mann ist zu allem fähig". Vor einem Bürgerkrieg warnte der Deutschlandkorrespondent des arabischen Senders Al-Dschasira, Aktham Suliman. Der in Bedrängnis geratene Machthaber Gaddafi habe genügend Rückhalt, warnte [Suliman im ZDF-"Morgenmagazin"](#)

. "Er beherrscht immer noch einen Teil des Landes, ein Teil der Armee ist immer noch loyal."

EU kann sich nicht zu Sanktionen durchringen

Die [Vereinten Nationen](#) riefen Gaddafi auf, die Gewalt sofort zu stoppen. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, der Gaddafi bei einem 40 Minuten langen Telefonat ins Gewissen redete, sagte, einige der Ereignisse in Libyen "scheinen klare Verstöße gegen das Internationale Recht und die Menschenrechte zu sein". Die Gewalt gegen Zivilisten dürfe nicht ungestraft bleiben. Der Tochter des Diktators, Aischa al-Gaddafi, entzogen die UN den Titel einer Ehrenbotschafterin des [UN-Entwicklungsprogramms \(UNDP\)](#). Die Zusammenarbeit sei beendet, hieß es.

Die Menschenrechtsorganisation [Amnesty International](#) forderte ein Verfahren gegen Gaddafi vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Der ist dazu aber nicht befugt. Der IStGH könne nur Ermittlungen aufnehmen, wenn der UN-Sicherheitsrat diesen Auftrag erteile oder eine rechtmäßige libysche Regierung dies selbst beantrage, teilte das Gericht in Den Haag mit. Libyen gehöre nicht zu den bislang 114 Vertragsstaaten des für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständigen "Weltstraferichts".

Die 27 EU-Staaten haben den Export von Waffen nach Libyen gestoppt, zu Sanktionen konnten sie sich aber nicht durchringen. Länder wie Deutschland und Frankreich, die sich dafür eingesetzt hatten, scheiterten am Widerstand von Italien, Malta und Zypern. Die EU-Mitgliedsstaaten seien zu Sanktionen bereit, falls die Gewalt nicht sofort ende, teilte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton am Mittwoch nach den Beratungen in Brüssel lediglich mit.

Bundesmarine steht zu Rettungsaktion bereit

"Wir erleben einen geschichtsträchtigen Moment und müssen auf der richtigen Seite der Geschichte stehen", hatte zuvor EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso an die

Europäer appelliert. "Wir stehen bereit, um die Ziele des libyschen Volkes zu unterstützen." Konkret nannte er die Nachbarschaftshilfe der EU.

Tausende Europäer, Amerikaner und Asiaten [flüchten unterdessen aus Libyen](#). Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu sprach von der größten Rettungsaktion in der Geschichte der Türkei. Das US-Außenministerium charterte zwei Katamarane, die am Mittwoch Malta Richtung Tripolis verließen. Nach Angaben aus Brüssel befinden sich noch rund 10.000 EU-Bürger im Land.

Die Bundesregierung will möglichst alle in Libyen verbliebenen Deutschen in Sicherheit bringen - auf dem Luftweg oder mit Schiffen. Für den Notfall ist die Deutsche Marine mit drei Fregatten im Mittelmeer. Laut Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hielten sich am Mittwoch noch 250 Deutsche in Libyen auf. Am Dienstag waren etwa 350 ausgeflogen worden. Die deutsche Luftwaffe folg am Mittwoch 74 Menschen aus dem Krisengebiet aus. Die Kanzlermaschine "Konrad Adenauer" landete mit 47 Deutschen und weiteren Passagieren aus 15 Nationen auf dem Kölner Militärflughafen.

Benzinpreise - auch in Deutschland.

Nach blutigen Kämpfen mit bis zu 1000 Toten, wie es in Berichten am Mittwoch hieß, rechnet Italien mit einem Exodus zehntausender Migranten aus Libyen und anderen afrikanischen Staaten. Während sich Gaddafi an der Macht festkrallt, wird in Teilen des Landes schon gejubelt. Die Bewohner mehrerer Städte im Osten Libyens feierten am Mittwoch die "Befreiung" ihrer Region. Augenzeugen berichteten, in den östlichen Städten Bengasi und Tobruk seien die Vertreter der Staatsmacht entweder verschwunden oder hätten sich den Aufständischen angeschlossen. Die Straßen der Hauptstadt Tripolis waren nach Augenzeugenberichten am Mittwoch weitgehend menschenleer.

Der ehemalige Botschafter Libyens bei der Arabischen Liga in Kairo, Abdulmoneim al-Honi sagte in einem Interview der Zeitung "Al-Hayat" (Mittwochsausgabe), der Sturz des Regimes von Gaddafi sei nur noch eine Frage von Tagen. Er rechne dennoch mit weiterem Blutvergießen, "denn dieser Mann ist zu allem fähig". Vor einem Bürgerkrieg warnte der Deutschlandkorrespondent des arabischen Senders Al-Dschasira, Aktham Suliman. Der in Bedrängnis geratene Machthaber Gaddafi habe genügend Rückhalt, warnte [Suliman im ZDF-"Morgenmagazin"](#)

. "Er beherrscht immer noch einen Teil des Landes, ein Teil der Armee ist immer noch loyal."

EU kann sich nicht zu Sanktionen durchringen

Die [Vereinten Nationen](#) riefen Gaddafi auf, die Gewalt sofort zu stoppen. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, der Gaddafi bei einem 40 Minuten langen Telefonat ins Gewissen redete, sagte, einige der Ereignisse in Libyen "scheinen klare Verstöße gegen das Internationale Recht und die Menschenrechte zu sein". Die Gewalt gegen Zivilisten dürfe nicht ungestraft bleiben. Der Tochter des Diktators, Aischa al-Gaddafi, entzogen die UN den Titel einer Ehrenbotschafterin des [UN-Entwicklungsprogramms \(UNDP\)](#). Die Zusammenarbeit sei beendet, hieß es.

Die Menschenrechtsorganisation [Amnesty International](#) forderte ein Verfahren gegen Gaddafi vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Der ist dazu aber nicht befugt. Der IStGH könne nur Ermittlungen aufnehmen, wenn der UN-Sicherheitsrat diesen Auftrag erteile oder eine rechtmäßige libysche Regierung dies selbst beantrage, teilte das Gericht in Den Haag mit. Libyen gehöre nicht zu den bislang 114 Vertragsstaaten des für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständigen "Weltstraferichts".

Die 27 EU-Staaten haben den Export von Waffen nach Libyen gestoppt, zu Sanktionen konnten sie sich aber nicht durchringen. Länder wie Deutschland und Frankreich, die sich dafür eingesetzt hatten, scheiterten am Widerstand von Italien, Malta und Zypern. Die EU-Mitgliedsstaaten seien zu Sanktionen bereit, falls die Gewalt nicht sofort ende, teilte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton am Mittwoch nach den Beratungen in Brüssel lediglich mit.

Bundesmarine steht zu Rettungsaktion bereit

"Wir erleben einen geschichtsträchtigen Moment und müssen auf der richtigen Seite der Geschichte stehen", hatte zuvor EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso an die Europäer appelliert. "Wir stehen bereit, um die Ziele des libyschen Volkes zu unt

erstützen." Konkret nannte er die Nachbarschaftshilfe der EU.

Tausende Europäer, Amerikaner und Asiaten [flüchten unterdessen aus Libyen](#). Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu sprach von der größten Rettungsaktion in der Geschichte der Türkei. Das US-Außenministerium charterte zwei Katamarane, die am Mittwoch Malta Richtung

Tripolis verließen. Nach Angaben aus Brüssel befinden sich noch rund 10.000 EU-Bürger im Land.

Die Bundesregierung will möglichst alle in Libyen verbliebenen Deutschen in Sicherheit bringen - auf dem Luftweg oder mit Schiffen. Für den Notfall ist die Deutsche Marine mit drei Fregatten im Mittelmeer. Laut Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hielten sich am Mittwoch noch 250 Deutsche in Libyen auf. Am Dienstag waren etwa 350 ausgeflogen worden. Die deutsche Luftwaffe folg am Mittwoch 74 Menschen aus dem Krisengebiet aus. Die Kanzlermaschine "Konrad Adenauer" landete mit 47 Deutschen und weiteren Passagieren aus 15 Nationen auf dem Kölner Militärflughafen.

Im [blutigen Machtkampf in Libyen](#) wird es immer enger für Staatschef Muammar al-Gaddafi: Nach Diplomaten, Regierungsmitgliedern und Soldaten wenden sich auch immer mehr Stämme von dem seit über 40 Jahren regierenden Herrscher ab. Gaddafi, der nicht kampflos aufgeben will, soll sich am Mittwoch mit vier Brigaden in einem Stützpunkt in Tripolis verschanzt haben. Die wüsten Drohungen Gaddafis gegen das eigene Volk alarmieren die Staatengemeinschaft. Ausländer flüchten in Scharen aus dem Wüstenstaat. Wegen der unübersichtlichen Lage in dem Ölförderland steigen die Benzinpreise - auch in Deutschland.

Nach blutigen Kämpfen mit bis zu 1000 Toten, wie es in Berichten am Mittwoch hieß, rechnet Italien mit einem Exodus zehntausender Migranten aus Libyen und anderen afrikanischen Staaten. Während sich Gaddafi an der Macht festkrallt, wird in Teilen des Landes schon gejubelt. Die Bewohner mehrerer Städte im Osten Libyens feierten am Mittwoch die "Befreiung" ihrer Region. Augenzeugen berichteten, in den östlichen Städten Bengasi und Tobruk seien die Vertreter der Staatsmacht entweder verschwunden oder hätten sich den Aufständischen angeschlossen. Die Straßen der Hauptstadt Tripolis waren nach Augenzeugenberichten am Mittwoch weitgehend menschenleer.

Der ehemalige Botschafter Libyens bei der Arabischen Liga in Kairo, Abdulmoneim al-Honi sagte in einem Interview der Zeitung "Al-Hayat" (Mittwochsausgabe), der Sturz des Regimes von Gaddafi sei nur noch eine Frage von Tagen. Er rechne dennoch mit weiterem Blutvergießen, "denn dieser Mann ist zu allem fähig". Vor einem Bürgerkrieg warnte der Deutschlandkorrespondent des arabischen Senders Al-Dschasira, Aktham Suliman. Der in Bedrängnis geratene Machthaber Gaddafi habe genügend Rückhalt, warnte [Suliman im ZDF-"Morgenmagazin"](#)

. "Er beherrscht immer noch einen Teil des Landes, ein Teil der Armee ist immer noch loyal."

EU kann sich nicht zu Sanktionen durchringen

Die [Vereinten Nationen](#) riefen Gaddafi auf, die Gewalt sofort zu stoppen. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, der Gaddafi bei einem 40 Minuten langen Telefonat ins Gewissen redete, sagte, einige der Ereignisse in Libyen "scheinen klare Verstöße gegen das Internationale Recht und die Menschenrechte zu sein". Die Gewalt gegen Zivilisten dürfe nicht ungestraft bleiben. Der Tochter des Diktators, Aischa al-Gaddafi, entzogen die UN den Titel einer Ehrenbotschafterin des [UN-Entwicklungsprogramms \(UNDP\)](#). Die Zusammenarbeit sei beendet, hieß es.

Die Menschenrechtsorganisation [Amnesty International](#) forderte ein Verfahren gegen Gaddafi vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Der ist dazu aber nicht befugt. Der IStGH könne nur Ermittlungen aufnehmen, wenn der UN-Sicherheitsrat diesen Auftrag erteile oder eine rechtmäßige libysche Regierung dies selbst beantrage, teilte das Gericht in Den Haag mit. Libyen gehöre nicht zu den bislang 114 Vertragsstaaten des für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständigen "Weltstraferichts".

Die 27 EU-Staaten haben den Export von Waffen nach Libyen gestoppt, zu Sanktionen konnten sie sich aber nicht durchringen. Länder wie Deutschland und Frankreich, die sich dafür eingesetzt hatten, scheiterten am Widerstand von Italien, Malta und Zypern. Die EU-Mitgliedsstaaten seien zu Sanktionen bereit, falls die Gewalt nicht sofort ende, teilte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton am Mittwoch nach den Beratungen in Brüssel lediglich mit.

Bundesmarine steht zu Rettungsaktion bereit

"Wir erleben einen geschichtsträchtigen Moment und müssen auf der richtigen Seite der Geschichte stehen", hatte zuvor EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso an die Europäer appelliert. "Wir stehen bereit, um die Ziele des libyschen Volkes zu unterstützen." Konkret nannte er die Nachbarschaftshilfe der EU.

Tausende Europäer, Amerikaner und Asiaten [flüchten unterdessen aus Libyen](#). Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu sprach von der größten Rettungsaktion in der Geschichte der Türkei. Das US-Außenministerium charterte zwei Katamarane, die am Mittwoch Malta Richtung Tripolis verließen. Nach Angaben aus Brüssel befinden sich noch rund 10.000 EU-Bürger im Land.

Die Bundesregierung will möglichst alle in Libyen verbliebenen Deutschen in Sicherheit bringen - auf dem Luftweg oder mit Schiffen. Für den Notfall ist die Deutsche Marine mit drei Fregatten im Mittelmeer. Laut Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hielten sich am Mittwoch noch 250 Deutsche in Libyen auf. Am Dienstag waren etwa 350 ausgeflogen worden. Die deutsche Luftwaffe folg am Mittwoch 74 Menschen aus dem Krisengebiet aus. Die Kanzlermaschine "Konrad Adenauer" landete mit 47 Deutschen und weiteren Passagieren aus 15 Nationen auf dem Kölner Militärflughafen.

Quelle:STERN.DE